



**DEPARTEMENT
GESUNDHEIT UND SOZIALES**
Generalsekretariat

26. März 2014

Fragebogen zur Anhörung der Sozialplanung des Kantons Aargau vom 09.04 bis 04.07.2014

Der vorliegende Fragebogen ist so konzipiert, dass er Ihnen die Möglichkeit gibt, zu den Zielen und Strategien der Sozialplanung 2014 Stellung zu nehmen.

Ziel und Zweck des Fragebogens ist es, ein möglichst genaues Bild über die Meinungen der Vernehmlassungsteilnehmenden zur Sozialplanung 2014 zu erhalten.

Mit der Benützung des elektronischen Fragebogens erleichtern Sie als Vernehmlassungsteilnehmende die Auswertung der Ergebnisse.

Für die Anhörung stehen Ihnen die folgenden Dokumente zur Verfügung:
-Sozialplanung des Kantons Aargau
-Fragebogen

Den Fragebogen und alle Unterlagen zur Anhörung finden Sie auch auf der Website www.ag.ch/vernehmlassungen >> Laufende Anhörungen.

Für inhaltliche Rückfragen steht Ihnen zur Verfügung:

Margrit Schärer, Projektleiterin Sozialpolitische Planung

Departement Gesundheit und Soziales,
Generalsekretariat
Bachstrasse 15, 5001 Aarau
E-Mail: margrit.schaerer@ag.ch, Tel. 062 835 29 22

| | |
|----------------------|---|
| Name / Organisation: | FDP.Die Liberalen Aargau |
| Kontaktperson: | Martina Sigg |
| Kontaktadresse: | Oberdorfstr. 27, 5107 Schinznach-Dorf |
| Telefon / E-mail: | 056 443 12 72 ; martina.sigg@bluewin.ch |

Einzureichen (vorzugsweise elektronisch) an:
Departement Gesundheit und Soziales,
Generalsekretariat
Bachstrasse 15, 5001 Aarau
E-Mail: vernehmlassungen.dgs@ag.ch

Stossrichtung A: Fokus auf Arbeitsmarkintegration legen

Ziel 1: Erwerbsintegration zur Sicherung des Lebensunterhalts

Möglichst viele Haushalte, deren erwachsene Mitglieder sich im Erwerbsalter befinden, decken den Lebensunterhalt durch Erwerbseinkommen.

Frage 1: Unterstützen Sie das Ziel 1?

| | ja | eher ja | eher nein | nein |
|--------------|-------------------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|
| Ihre Antwort | <input checked="" type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| | <input type="checkbox"/> | Keine Stellungnahme | | |

Bemerkung:

Dies bedingt, dass gute Arbeitsbedingungen zu angemessenem Lohn angeboten werden (Verantwortung der Wirtschaft). Positiv: Sozialleistungsreduktion, Erhöhung Steuerertrag

Strategie A1: Attraktiver Wirtschaftsstandort mit guten Arbeitsbedingungen

Es werden Voraussetzungen geschaffen, damit der Aargau für Unternehmen attraktiv ist, die in zukunftsträchtigen Branchen tätig sind und gute Arbeitsbedingungen bieten. Zusammen mit den Sozialpartnern setzt sich der Kanton dafür ein, dass Arbeitsplätze im Aargau ein ausreichendes Erwerbseinkommen gewährleisten, gesundheitsfreundlich und familienverträglich sind sowie eine angemessene Planungssicherheit (Arbeitszeiten, Arbeitsvolumen) bieten.

Frage 2: Unterstützen Sie die Strategie A1?

| | ja | eher ja | eher nein | nein |
|--------------|-------------------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|
| Ihre Antwort | <input checked="" type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| | <input type="checkbox"/> | Keine Stellungnahme | | |

Bemerkung:

Kanton kann nur für Rahmenbedingungen sorgen, Planungssicherheit etc. sind Sache der Sozialpartner

Strategie A2: Erwerbsintegration fördern

Ein bedarfsgerechtes Angebot an Beratungs- und Unterstützungsmassnahmen trägt dazu bei, dass Erwerbslose den Anschluss an den Arbeitsmarkt wieder finden, ihre Beschäftigungsfähigkeit erhalten oder verbessern und nicht in Abwärtsspiralen geraten, die grosse soziale Folgekosten auslösen. Das Angebot ist ausreichend auf die spezifischen Problemlagen der Erwerbslosen ausgerichtet (z.B. Gesundheit, Sprache, Bildung) und bietet ihnen wenn nötig Arbeits- und Entwicklungsmöglichkeiten von längerer Dauer.

Frage 3: Unterstützen Sie die Strategie A2

| | ja | eher ja | eher nein | nein |
|--------------|--------------------------|-------------------------------------|--------------------------|--------------------------|
| Ihre Antwort | <input type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| | <input type="checkbox"/> | Keine Stellungnahme | | |

Bemerkung:

Wir unterstützen die Aussage, dass die Erwerbsintegration gefördert werden muss. Dabei ist die Wirtschaft gefordert, ihre Verantwortung wahr zu nehmen.

Der aufgezeigte Weg ist aber nicht zielführend. Wir brauchen keine neue Gremien, sondern ein Anreizsystem für die Wirtschaft, damit die soziale Verantwortung wahrgenommen wird.

Die Pforte Arbeitsmarkt ist zur Zeit v.a. ein Prestigeobjekt des Kantons, das alle Beteiligten sehr viel kostet. Wir erwarten diesbezüglich eine sehr sorgfältige Evaluation.

Stossrichtung B: Kinder und Familien stärken

Ziel 2: Faire Chancen für Familien

Alle Familien können sich beim Erbringen ihrer gesellschaftlich notwendigen Leistungen auf gute Rahmenbedingungen und die nötigen Infrastrukturen stützen. Die unbezahlte Betreuungs-, Erziehungs- und Pflegearbeit, die in Familien geleistet wird, findet die nötige Berücksichtigung und Wertschätzung.

Frage 4: Unterstützen Sie das Ziel 2?

| | ja | eher ja | eher nein | nein |
|--------------|--------------------------|-------------------------------------|--------------------------|--------------------------|
| Ihre Antwort | <input type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| | <input type="checkbox"/> | Keine Stellungnahme | | |

Bemerkung:

Der Kanton kann nicht verantwortlich sein für die Gesamtheit aller Menschen und Lebensformen. Absolute Formulierungen wie "Alle" sind deshalb zu vermeiden. Hier: Streichung. Nur "Familien können sich beim

Ziel 3: Gute Entwicklungschancen für Kinder

Alle Kinder haben ab dem frühen Alter gute Startchancen, auch solche mit Behinderungen, aus bildungsfernen und sozial benachteiligten Familien oder aus einem anderen Kultur- und Sprachraum. Mit gezielten Förderungen werden Voraussetzungen geschaffen, damit Kinder und Jugendliche ihre Entwicklungschancen wahrnehmen können.

Frage 5: Unterstützen Sie das Ziel 3?

| | ja | eher ja | eher nein | nein |
|--------------|--------------------------|-------------------------------------|--------------------------|--------------------------|
| Ihre Antwort | <input type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| | <input type="checkbox"/> | Keine Stellungnahme | | |

Bemerkung:

Das Ziel ist richtig, doch die Massnahme der integrativen Schulung ist zu überprüfen (s. Postulat 14.07 der FDP) und andere Möglichkeiten sind aufzuzeigen.
Alle ist zu ersetzen durch "Die Kinder..."

Strategie B1: Vereinbarkeit von Beruf und Familie und Schutz vor familienbedingter Armut

Flächendeckende und bedarfsgerechte Tagesstrukturen sowie familienfreundliche Arbeitsbedingungen fördern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie steigern die Attraktivität des Kantons Aargau als Wohn- und Wirtschaftsstandort und schaffen günstige Voraussetzungen, damit Familien ihren Lebensunterhalt sichern können. Kinder zu haben soll im Aargau kein Armutsrisiko darstellen: Spezifische Bedarfsleistungen verhindern, dass Familien mit tiefen Einkommen dauerhaft die Sozialhilfe belasten.

Frage 6: Unterstützen Sie die Strategie B1?

| | ja | eher ja | eher nein | nein |
|--------------|-------------------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|
| Ihre Antwort | <input checked="" type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| | <input type="checkbox"/> | Keine Stellungnahme | | |

Bemerkung:

Familienfreundliche Arbeitsbedingungen sind in der Privatwirtschaft die Aufgabe der Sozialpartner, nicht des Kantons.

Die Finanzierung der familienergänzenden Kinderbetreuung und des Ausbaus der Elternschaftsbeihilfe gehören auch in diese Vorlage. Sie dürfen nicht ausgeklammert werden, auch wenn es separate Botschaften sind. Wir erwarten diese Aufstellungen in der Botschaft an den Grossen Rat.

Strategie B2: Gute Entwicklungsmöglichkeiten für alle Kinder

Mit früher Förderung erhalten alle Kinder gerechte Startchancen, die sich auf ihrem späteren Lebensweg auszahlen. Die Förderung findet ihre Fortsetzung im Schul- und Jugendlichenalter und trägt der Integration von Kindern und Jugendlichen mit besonderen Bedürfnissen Rechnung. Gute Informations-, Beratungs- und Bildungsangebote unterstützen die Eltern in ihren Erziehungsaufgaben und stärken ihre Erziehungskompetenzen. Massnahmen des zivilrechtlichen Kinderschutzes stellen die physische, psychische und sexuelle Integrität und Gesundheit von Kindern sicher.

Frage 7: Unterstützen Sie die Strategie B2?

| | ja | eher ja | eher nein | nein |
|--------------|--------------------------|-------------------------------------|--------------------------|--------------------------|
| Ihre Antwort | <input type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| | <input type="checkbox"/> | Keine Stellungnahme | | |

Bemerkung:

Frühe Förderung macht Sinn, Kanton soll sich auf Rolle des Koordinators beschränken.
"Alle" streichen.

Strategie B3: Aktive Zusammenarbeit und gute Information

Der Kanton stärkt die aktive Zusammenarbeit in der Familienpolitik und koordiniert die Familienpolitik als Querschnittsaufgabe. Er verbessert die Wissensgrundlagen zur Situation der Familien im Aargau und schafft damit gute Voraussetzungen für eine partizipative Entwicklung der künftigen Aargauer Familienpolitik.

Frage 8: Unterstützen Sie die Strategie B3?

| | ja | eher ja | eher nein | nein |
|--------------|--------------------------|-------------------------------------|--------------------------|--------------------------|
| Ihre Antwort | <input type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| | <input type="checkbox"/> | Keine Stellungnahme | | |

Bemerkung:

Die Familien müssen in ihrer Eigenverantwortung gestärkt werden. Der Kanton kann nicht verantwortlich sein für das Verhalten Einzelner.

Wie im Anhörungsbericht richtig beschrieben, sind hier keine weiteren Massnahmen nötig.

Stossrichtung C: Mit Bildung Perspektiven schaffen

Ziel 4: Angemessene Aus- und Weiterbildung

Die Menschen im Aargau haben eine gute Ausbildung und bilden sich während ihres Lebens regelmässig weiter. Sie erhöhen damit ihre Chancen, ihre berufliche Laufbahn aktiv zu gestalten. Ihr Bildungspotenzial wird mit der bestmöglichen Wirkung für Gesellschaft, Wirtschaft und Individuum ausgeschöpft.

Frage 9: Unterstützen Sie das Ziel 4?

| | ja | eher ja | eher nein | nein |
|--------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|-------------------------------------|
| Ihre Antwort | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> |
| | <input type="checkbox"/> | Keine Stellungnahme | | |

Bemerkung:

Dieser Punkt muss umformuliert werden. So kann er nicht stimmen:

Der Staat kann das Bildungspotenzial nicht ausschöpfen - aber er kann für gute Rahmenbedingungen sorgen, dass jede/r Einzelne sich bilden kann (so er/ sie dann auch wirklich will).

Bestehende Ressourcen müssen genutzt und optimiert werden, die Verantwortung der Arbeitgeber ist gross.

Strategie C1: Berufsausbildung als Existenzbasis

Mindestens 95% aller Jugendlichen bis 25 Jahre sollen einen qualifizierten Abschluss auf der Sekundarstufe II erlangen. Zu diesem Zweck ist die zentrale Bedeutung der dualen Berufsbildung zu sichern und zu bewahren. Jugendliche, welche Mühe beim Einstieg in die berufliche Ausbildung und bei deren Bewältigung haben, werden mit bedarfsgerechten Massnahmen unterstützt und gefördert.

Frage 10: Unterstützen Sie die Strategie C1?

| | ja | eher ja | eher nein | nein |
|--------------|-------------------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|
| Ihre Antwort | <input checked="" type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| | <input type="checkbox"/> | Keine Stellungnahme | | |

Bemerkung:

Strategie C2: Ausbildungschancen für gering qualifizierte Erwachsene

Bildungsangebote innerhalb und ausserhalb von Betrieben erlauben es gering qualifizierten Erwachsenen, ihre Grundkompetenzen in Lesen und Schreiben, Alltagsmathematik sowie der Anwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien zu erweitern und sich weiterzubilden. Erwachsenen ohne Ausbildung stehen Wege offen, nachträglich einen Berufsbildungsabschluss zu erwerben. Bei Bedarf werden sie darin unterstützt, die Mehrfachbelastung von Beruf, Familie und Ausbildung zu bewältigen.

Frage 11: Unterstützen Sie die Strategie C2?

| | ja | eher ja | eher nein | nein |
|--------------|-------------------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|
| Ihre Antwort | <input checked="" type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| | <input type="checkbox"/> | Keine Stellungnahme | | |

Bemerkung:

Im Konzeptpapier ist die zentral wichtige Rolle der Arbeitgeber mit einzubeziehen. Das Konzeptpapier kann nur die Rahmenbedingungen aufzeigen und anhand von Best Practice Beispielen Arbeitgebende und Arbeitnehmende motivieren.

Strategie C3: Bildungszugang für Einkommensschwache

Der Kanton erleichtert den Bildungszugang für Einkommensschwache durch Stipendien und Darlehen. Personen mit ungenügendem finanziellem Rückhalt können mit Unterstützung von Ausbildungsbeiträgen eine Ausbildung absolvieren.

Frage 12: Unterstützen Sie die Strategie C3?

| | ja | eher ja | eher nein | nein |
|--------------|-------------------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|
| Ihre Antwort | <input checked="" type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| | <input type="checkbox"/> | Keine Stellungnahme | | |

Bemerkung:

Erleichterungen für Stipendien sind nicht nur für Ausländer zu prüfen. Koordination mit anderen Kantonen ist zu verstärken.

Stossrichtung D: Menschen im Alter

Ziel 5: Eigenständigkeit und Unterstützung im Alter

Ältere Menschen können das Leben nach eigenen Vorstellungen gestalten, ihre Potenziale realisieren und ihren Platz in der Gesellschaft wahren. Bei Bedarf können sie auf Unterstützung und soziale Netze zurückgreifen.

Frage 13: Unterstützen Sie das Ziel 5?

| | ja | eher ja | eher nein | nein |
|--------------|-------------------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|
| Ihre Antwort | <input checked="" type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| | <input type="checkbox"/> | Keine Stellungnahme | | |

Bemerkung:

Die steigenden Kosten sind nicht definiert und sollen in der Botschaft ausformuliert werden
Die Strategie des Bundes Gesundheit 2020 ist in der Vorlage zu berücksichtigen

Strategie D1: Eigenständigkeit von älteren Menschen fördern und ihre Potenziale wahrnehmen

Flächendeckende, flexible Unterstützungs- und Entlastungsstrukturen sowie altersgerechte Wohn- und Lebensräume gewährleisten, dass ältere Menschen auch bei eingeschränkter Mobilität eigenständig wohnen und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Es bestehen soziale Plattformen und Netzwerke, damit sich ältere Menschen mit ihren Erfahrungen und Potenzialen ins Gemeinschaftsleben einbringen, es mitgestalten und Verantwortung für sich und andere wahrnehmen können.

Frage 14: Unterstützen Sie die Strategie D1?

| | ja | eher ja | eher nein | nein |
|--------------|--------------------------|-------------------------------------|--------------------------|--------------------------|
| Ihre Antwort | <input type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| | <input type="checkbox"/> | Keine Stellungnahme | | |

Bemerkung:

Die Verbesserung der Eigenständigkeit ist die einzige wirksame Massnahme, um Pflegebedarf zu reduzieren. Hier gilt es, das Kosten-Nutzen-Verhältnis aufzuzeigen. Es ist wichtig, dass die Kostenbelastung für die Betroffenen nicht zu gross wird, wenn sie alternative Betreuungsformen suchen. Niederschwellige Angebote sollen gefördert werden. Die Überregulierung muss gebannt werden, verschiedene Betreuungsformen sollen möglich sein.

Selbstverantwortung muss auch im Alter unterstützt werden.

Flächendeckend ist zu streichen.

Strategie D2: Zukünftige Alterspflege sichern

Es werden Massnahmen ergriffen, um den wachsenden Personalmangel in der Alterspflege und Betreuung zu entschärfen. Neben den bestehenden Ausbildungsverpflichtungen wird insbesondere versucht, die Berufsverweildauer in der Pflege zu erhöhen sowie Quer- und Wiedereinstiege zu fördern. Der Kanton ist bestrebt, die steigenden Kosten im Bereich der Alterspflege durch eine optimale Versorgungsplanung ohne Fehlanreize und durch breit abgestützte Finanzierungsmodelle für alle Seiten tragbar zu halten.

Frage 15: Unterstützen Sie die Strategie D2?

| | ja | eher ja | eher nein | nein |
|--------------|--------------------------|-------------------------------------|--------------------------|--------------------------|
| Ihre Antwort | <input type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| | <input type="checkbox"/> | Keine Stellungnahme | | |

Bemerkung:

Die Anforderungen an die Pflegenden sind zu überprüfen.

In der Botschaft könnte ein Vergleich mit der Situation in der Romandie hilfreich sein, denn dort ist es offensichtlich attraktiver, in der Langzeitpflege zu arbeiten als in der Akutpflege.

Die Versorgungsplanung ist eine grosse Herausforderung. Sie muss sich lösen von einem rein statistischen und statischen Instrument hin zu einem wirklichen Planungstool, das auf die sich ständig ändernden Bedürfnisse und Angebote eingeht.

Stossrichtung E: Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Teilhabe

Ziel 6: Starker gesellschaftlicher Zusammenhalt

Das Ausmass an informeller Hilfe, die in Verwandtschaft, Freundeskreisen oder Nachbarschaft geleistet wird, bleibt auch in Zukunft bestehen. Die Freiwilligentätigkeit wird gefördert.

Frage 16: Unterstützen Sie das Ziel 6?

| | ja | eher ja | eher nein | nein |
|--------------|-------------------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|
| Ihre Antwort | <input checked="" type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| | <input type="checkbox"/> | Keine Stellungnahme | | |

Bemerkung:

Gesetzliche Vorgaben bestehen und sind unbestritten

Ziel 7: Gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Teilhabe

Die Menschen im Aargau verfügen über die nötigen Voraussetzungen, um aktiv und verantwortungsvoll am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben teilzunehmen. Sie können auf Unterstützung zählen, wenn sie von sozialer Isolation, Ausschluss oder Diskriminierung bedroht sind.

Frage 17: Unterstützen Sie das Ziel 7?

| | ja | eher ja | eher nein | nein |
|--------------|-------------------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|
| Ihre Antwort | <input checked="" type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| | <input type="checkbox"/> | Keine Stellungnahme | | |

Bemerkung:

Gesetzliche Vorgaben bestehen und sind unbestritten

Ziel 8: Schutz vor Armut

Die Menschen im Kanton Aargau verfügen über die materiellen Grundlagen, die notwendig sind, um ein Leben in Menschenwürde zu führen. Kanton und Gemeinden unterstützen Personen, die in Not geraten und nicht in der Lage sind, für sich selber zu sorgen. Die Betroffenen haben Zugang zu bedarfsgerechter Beratung, Begleitung und Förderung.

Frage 18: Unterstützen Sie das Ziel 8?

| | ja | eher ja | eher nein | nein |
|--------------|-------------------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|
| Ihre Antwort | <input checked="" type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| | <input type="checkbox"/> | Keine Stellungnahme | | |

Bemerkung:

Gesetzliche Vorgaben bestehen und sind unbestritten

Strategie E1: Soziale Vernetzung und gesellschaftliche Teilhabe fördern

Der Aargau setzt auf eine Gesellschaft mit hoher Integrationskraft, in der die Menschen bereit sind, Verantwortung nicht nur für sich selbst, sondern auch füreinander zu übernehmen und das Gemeinschaftsleben aktiv mitzugestalten. Dabei ist Vielfalt ein gesellschaftliches Potenzial. Die faire Austragung von Konflikten wird gefördert; Ausbeutung, Ausgrenzung oder Gewalttätigkeit werden nicht toleriert. Angesichts des starken Bevölkerungswandels und der zunehmenden Verstärkung im Aargau ist wichtig, dass auf lokaler Ebene ein reges zivilgesellschaftliches Leben entstehen oder bestehen bleiben kann, welches die Entwicklung neuer sozialer Netze über alle Generationen hinweg begünstigt. Dazu werden Eigeninitiativen erleichtert. Das gemeinnützige Engagement von Organisationen und die unentbehrliche Freiwilligenarbeit von Einzelpersonen werden mit professionellen Strukturen unterstützt.

Frage 19: Unterstützen Sie die Strategie E1?

| | ja | eher ja | eher nein | nein |
|--------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|-------------------------------------|
| Ihre Antwort | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> |
| | <input type="checkbox"/> | Keine Stellungnahme | | |

Bemerkung:

Soziale Netze sind wichtig. Sie leben von der Eigeninitiative und dem Engagement. Eine Professionalisierung und zu starke Einmischung des Staates kann sie ersticken. Freiwilligenarbeit kann und soll gefördert werden, aber Professionalisierung ist abzulehnen.

Dies muss in der Botschaft besser berücksichtigt werden.

Strategie E2: Gute sozialräumliche Entwicklung

In der Raumplanung und Quartierentwicklung wird auf integrierende Ansätze bei der Gestaltung der Lebenswelten für die Einwohner/innen aller Generationen geachtet. Die Entstehung und Bewahrung der nötigen räumlichen Voraussetzungen für sichere persönliche Begegnungen sowohl im Aussenraum als auch in der Form gemeinschaftlich nutzbarer Räume und Flächen im Innenraum wird gefördert.

Frage 20: Unterstützen Sie die Strategie E2?

| | ja | eher ja | eher nein | nein |
|--------------|-------------------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|
| Ihre Antwort | <input checked="" type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| | <input type="checkbox"/> | Keine Stellungnahme | | |

Bemerkung:

Dies ist ein interessanter Ansatz, der v.a. in grösseren Agglomerationen umgesetzt werden kann.

Strategie E3: Existenzsicherung und niederschwellige Auffangstrukturen

Der Kanton sichert über kantonale Bedarfsleistungen und die Sozialhilfe der Gemeinden das Existenzminimum aller Menschen im Aargau. Die Unterstützten haben Zugang zu bedarfsgerechter Beratung, Begleitung und können am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Regional bestehen niederschwellige, auch aufsuchende Hilfsangebote, um gesellschaftlich stark isolierte Menschen zu integrieren.

Frage 21: Unterstützen Sie die Strategie E3?

| | ja | eher ja | eher nein | nein |
|--------------|--------------------------|-------------------------------------|--------------------------|--------------------------|
| Ihre Antwort | <input type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| | <input type="checkbox"/> | Keine Stellungnahme | | |

Bemerkung:

Die Koordination Kanton / Gemeinden ist kritisch. Diese Strategie liegt in der Hauptverantwortung der Gemeinden.
Das Wort "alle" ist zu streichen.

Stossrichtung F: Koordination und Steuerung

Ziel 9: Effiziente Zusammenarbeit und Koordination

Die Sozialpolitik ist gut koordiniert: Der gegenseitige Austausch sowie die Aufgaben und Zuständigkeiten der sozialpolitischen Akteure sind so gestaltet, dass eine kohärente Sozialpolitik entwickelt und umgesetzt werden kann.

Frage 22: Unterstützen Sie das Ziel 9?

| | ja | eher ja | eher nein | nein |
|--------------|-------------------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|
| Ihre Antwort | <input checked="" type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| | <input type="checkbox"/> | Keine Stellungnahme | | |

Bemerkung:

Das Ziel ist richtig, die aufgeführten Massnahmen sind kritisch

Strategie F1: Stärkere Koordination und fachlicher Support für die Gemeinden

Der Kanton nimmt seine rechtlich verankerte Koordinationsverantwortung in der Sozialpolitik aktiv wahr. Er führt mit den sozialpolitischen Akteuren einen regelmässigen Dialog und unterstützt insbesondere die Gemeinden, indem er eine führende Rolle im Wissensmanagement der Sozialpolitik ausübt. In allen Bereichen der interinstitutionellen Zusammenarbeit setzt sich der Kanton dafür ein, dass verbindliche Regeln und möglichst starke Anreize zur organisationsübergreifenden Kooperation bestehen.

Frage 23: Unterstützen Sie die Strategie F1?

| | ja | eher ja | eher nein | nein |
|--------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|-------------------------------------|
| Ihre Antwort | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> |
| | <input type="checkbox"/> | Keine Stellungnahme | | |

Bemerkung:

Dieser Punkt und die Handlungsmöglichkeiten müssen viel besser ausformuliert werden. Die beabsichtigte Rolle des Kantons muss präzisiert werden.

Die Stärkung der IIZ und die Rolle des Kantons können kostenintensiv sein und müssen aufgezeigt werden.

IIZ und Grundlagenpapier bestehen, Erfahrungen können abgeholt werden.

Gemeinden dürfen nicht zusätzlich belastet werden. Sie sind die zentrale Stelle, denn sie sind näher beim Individuum.

Strategie F2: Regionale Zusammenarbeit und Professionalisierung

Der Kanton unterstützt den Aufbau von Strukturen und Institutionen, die es ermöglichen, sozialpolitische Anliegen und soziale Arbeit in einem regionalen Rahmen zu betreiben. Denn viele wichtige soziale Dienstleistungen können nur in regionaler Kooperation entwickelt, bedarfsgerecht ausgestaltet und effizient erbracht werden. Der Kanton fördert die Zusammenarbeit der Sozialdienste und formuliert minimale Qualitätsstandards für die kommunalen bzw. regionalen Sozialdienste. Er schafft damit Voraussetzungen, um eine Sozialpolitik der Befähigung umzusetzen und den Anteil der Personen, die auf staatliche Unterstützungsleistungen angewiesen sind, längerfristig zu senken.

Frage 24: Unterstützen Sie die Strategie F2?

| | ja | eher ja | eher nein | nein |
|--------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|-------------------------------------|
| Ihre Antwort | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> |
| | <input type="checkbox"/> | Keine Stellungnahme | | |

Bemerkung:

Regionale Kooperation muss den Gemeinden überlassen werden. Sie sollen in ihrer Verantwortung gestärkt werden.
Der Kanton darf keine Qualitätsstandards festsetzen.

Stossrichtung G: Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit

Ziel 10: Hohe Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit

Mit dem Geld, das im Sozialbereich zur Verfügung steht, wird haushälterisch umgegangen. Die sozialpolitischen Massnahmen sind wirksam, wirtschaftlich und nachhaltig.

Frage 25: Unterstützen Sie das Ziel 10?

| | ja | eher ja | eher nein | nein |
|--------------|-------------------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|
| Ihre Antwort | <input checked="" type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| | <input type="checkbox"/> | Keine Stellungnahme | | |

Bemerkung:

... obwohl die Überprüfbarkeit sehr schwierig ist ...

Strategie G1: Grössere Kohärenz und richtige Anreize

Der Kanton Aargau formuliert seine sozialpolitischen Ziele in einer klaren Strategie und stimmt die einzelnen Politikbereiche und Massnahmen möglichst widerspruchsfrei aufeinander ab. Er gestaltet das System der Bedarfsleistungen möglichst einfach, einheitlich und transparent. Ebenso beseitigt er Fehlanreize, die seinen sozialpolitischen Zielen widersprechen.

Frage 26: Unterstützen Sie die Strategie G1?

| | ja | eher ja | eher nein | nein |
|--------------|-------------------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|
| Ihre Antwort | <input checked="" type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| | <input type="checkbox"/> | Keine Stellungnahme | | |

Bemerkung:

Strategie G2: Verbesserte Entscheidungsgrundlagen

Der Kanton Aargau erhöht die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit seiner Sozialpolitik, indem er sie an gut abgesicherten Erkenntnissen über die soziale Situation und die Bedürfnisse der Bevölkerung wie auch über die Wirksamkeit sozialpolitischer Massnahmen ausrichtet. Zu diesem Zweck verfolgen die zuständigen Fachstellen den relevanten Forschungsstand, nehmen die Erfahrungen anderer Kantone oder Gemeinden auf und speisen die Ergebnisse in die Entscheidungsprozesse der kantonalen Politik und Verwaltung ein. Sozialpolitische Massnahmen werden im Vollzug auf ihre Nachhaltigkeit geprüft (Verhältnis von Kosten und langfristigem Nutzen). Ein kontinuierliches Monitoring gibt Aufschluss über die Entwicklung der sozialen Lage der Bevölkerung.

Frage 27: Unterstützen Sie die Strategie G2?

| | ja | eher ja | eher nein | nein |
|--------------|-------------------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|
| Ihre Antwort | <input checked="" type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| | <input type="checkbox"/> | Keine Stellungnahme | | |

Bemerkung:

Aber ohne Stellenaufbau!

Generelle Fragen

Der Befähigungsansatz ist die zentrale Leitlinie der Neuorientierung der Sozialpolitik des Kantons Aargau.

Frage 28: Begrüssen Sie diese Neuausrichtung der Sozialpolitik, die darauf abzielt, dass immer mehr Personen selbständig durchs Leben gehen?

| | ja | eher ja | eher nein | nein |
|--------------|-------------------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|
| Ihre Antwort | <input checked="" type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| | <input type="checkbox"/> | Keine Stellungnahme | | |

Bemerkung:

Dies ist ein grundsätzlich liberaler Ansatz

Die vorliegende Sozialplanung beabsichtigt durch stärkere Arbeitsmarkintegration, konsequente Umsetzung des Prinzips "ambulant vor stationär" und Stärkung der sozialen Netze die Sozialleistungssysteme finanziell zu entlasten.

Frage 29: Unterstützen Sie diese von der Sozialplanung verfolgten Ziele?

| | ja | eher ja | eher nein | nein |
|--------------|-------------------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|
| Ihre Antwort | <input checked="" type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| | <input type="checkbox"/> | Keine Stellungnahme | | |

Bemerkung:

Die Einbindung von Wirtschaft, Finanzinstituten und sozialen Unternehmungen ist zentral wichtig.

Die finanzielle Entlastung ist wohl eher im Sinne einer kleineren Steigerung der Ausgaben zu erwarten als in einer Senkung der Belastungen. Die Aussage der jährlichen Nettoentlastungen für Kanton und Gemeinden sind anzuzweifeln. In der Botschaft sind die Kosten-/Nutzungsschätzungen besser auszuformulieren, so sind sie nicht nachvollziehbar. Der Punkt "konsequente Umsetzung des Prinzips ambulant vor stationär" ist zwar wichtig, aber in diesem Kontext nicht gleichwertig mit den anderen beiden Massnahmen.

Die Sozialplanung beabsichtigt die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen involvierten Organisationen zu verbessern und damit die Wirksamkeit und die Effizienz der sozialpolitischen Massnahmen zu steigern.

Frage 30: Begrüssen Sie dieses Ziel der Sozialplanung?

| | ja | eher ja | eher nein | nein |
|--------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|-------------------------------------|
| Ihre Antwort | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> |
| | <input type="checkbox"/> | Keine Stellungnahme | | |

Bemerkung:

Dies ist der Knackpunkt aus liberaler Sicht!

Koordination ist wichtig in diesem grossen Gebiet, in dem so viele Schnittstellen bestehen, aber die Koordination darf nicht in Überregulierung ausarten.

Die Gemeinden dürfen nicht zusätzlich belastet werden, sie müssen gestärkt und nicht in ihren Kompetenzen eingeschränkt werden. Soziale Strukturen müssen nahe beim Individuum sein, jede weitere Verstaatlichung kostet.

Eine wichtige Aufgabe des Kantons ist, Doppelspurigkeiten zu vermeiden. Diesbezüglich erwarten wir noch genauere Angaben in der Botschaft.

Die Gratwanderung zwischen Freiwilligenarbeit und Professionalisierung ist sehr schwierig und konnte in diesem Anhörungsbericht nicht zufriedenstellend aufgezeigt werden. Eine zusätzliche Professionalisierung und damit Verteuerung ist abzulehnen.